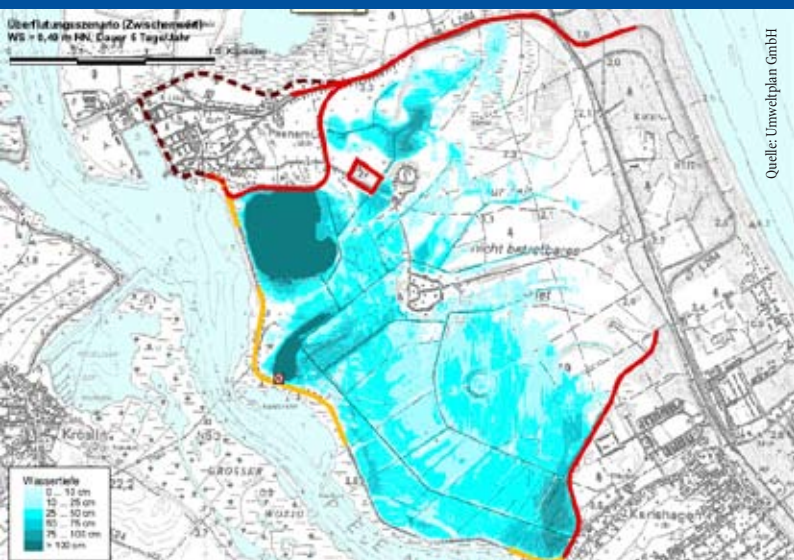


Deichrückbau im Norden Usedom

EIN ZWEIFELHAFTES „NATURSCHUTZ“-PROJEKT



Seit 2008 ist die Bevölkerung Nordusedoms aufgeschreckt: Der Peenestromdeich, der sie vor Überschwemmung von Westen her schützt, soll weg, das dahinter liegende Gebiet, eine Mischung aus Wald und feuchten Wiesen, soll „renaturiert“ werden, als Ausgleichsfläche für Investitionen am Industriestandort Lubmin, nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt. Das ganze nennt sich Kompensationsflächenpool Cämmerer See, von uns hier kurz KFP genannt. Ein Aufschrei ging durch die Bevölkerung, eine Bürgerinitiative gründete sich.

Wir als „Bürgerinitiative Gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ wollen mit dieser Schrift über die bekannten Fakten informieren, stellen Fragen und versuchen einige Antworten zu geben.

Diese Argumentation soll die Gegner des Deichrückbaus ermutigen und wappnen, soll diejenigen nachdenklich stimmen, die aus einzelnen unterschiedlichen Gründen Verständnis zeigen, weist auf eine Anzahl von Ungereimtheiten im Projekt selbst und im Umgang der Initiatoren mit den Beteiligten hin und fasst die Fragwürdigkeit und Verantwortungslosigkeit dieser Pläne abschließend zusammen.

Die Bürgerinitiative im Kurzporträt

Auf einer Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen gründete sich die BI, ein Vorstand konstituierte sich, und am 8. Dezember 2008 wurde der Verein „Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ in Karlshagen gegründet.

Nach wenigen Monaten konnte die BI bereits über 120 Einzelmitglieder und fünf Vereine zu ihren Mitgliedern zählen: Förderverein Peenemünde, Anglerverband Peenemünde, Schützenverein Karlshagen, Marinekameradschaft Peenemünde und den Hegering Zinnowitz, Der „Verein Naturschutz-Zentrum Insel Usedom e.V.“ Karlshagen trat 2011 der BI bei.



Foto: Klingner

Bis zum Sommer 2012 wurden fast 10.000 Unterschriften gegen den Deichrückbau gesammelt, davon knapp 4.000 von Einwohnern der Region, der Rest von Touristen oder Bewohnern anderer Userdomer Orte.

Damit nimmt die BI eine Ausnahmestellung unter ähnlichen Vereinigungen ein. Wir können mit Recht darauf verweisen, dass unsere BI faktisch die Meinung der gesamten Bevölkerung des Inselnordens vertritt und keineswegs die Bevölkerung spaltet, wie es bei vielen anderen Bürgerinitiativen der Fall ist. Es gibt kein Verständnis und erst recht keine „schweigende Mehrheit“ für den Deichrückbau in der Bevölkerung!

Das Projekt

Aus dem Dokument „Kompensationsflächenpool Cämmerer See“ datiert vom 17. Juni 2008, erstellt vom Vorhabens träger Energiewerke Nord (EWN)

„Kurzbeschreibung des Vorhabens“

In dem betreffenden Gebiet zwischen Karlshagen und Peenemünde, einer Fläche von 940 ha, bestehe das „von den Umweltbehörden des Landes M-V angestrebte Ziel, einen möglichst großen Teil der an den Cämmerer See angrenzenden Fläche ökologisch deutlich aufzuwerten. Dies soll durch Rückbau des am Peenestrom verlaufenden Deiches und damit Wiederherstellung der natürlichen Vorflut erreicht werden. Der überwiegende Teil der Flächen sind bundeseigene Grundstücke, welche ohnehin durch Übertragung in Nationales Naturerbe für dauerhafte Sicherung für den Naturschutz vorgesehen sind... Im April 2008 hat das Umweltministerium die naturschutzrechtliche Maßnahme an EWN übertragen. Es ist vorgesehen, im Bereich des Cämmerer Sees und der angrenzenden Niederungen einen Flächenpool zu schaffen, aus dem Ausgleichsflächen für mehrere Investitionsvorhaben am **Industriestandort Lubmin** (Herv. BI) zur Verfügung gestellt werden können.“

Die betreffenden Investoren, die den KFP auch finanzieren sollen, werden aufgeführt, unter anderen befand sich darunter das damals geplante Steinkohlekraftwerk von DONG Energy.

Als erstes wird in der Kurzbeschreibung jedoch ein anderer Grund genannt, der Hochwasserschutz:

Es wird „im Zuge des Hochwasserschutzes Nordusedoms das Sturmflutschutzprojekt (Deichneubau) des STAUN (Staatliches Amt für Umwelt und Natur – d.Red.) Ueckermünde geplant. Durch die Errichtung eines Deiches von Peenemünde bis zur Düne Zinnowitz soll der Schutz gegen von der Ostsee her anstehendes Hochwasser verbessert werden. Mit dem durch den geplanten Deich erreichten Ringschluss ist nicht nur für die Ortschaft Peenemünde sondern auch für große Teile Nordusedoms ein Schutz gegen Hochwasser für das Bemessungsereignis gegeben.“

Diese Aussage ist eine dreiste Verfälschung. Es wird der Anschein erweckt, der hier erwähnte Deichneubau käme erst durch den KFP zustande, welcher dadurch den Hochwasserschutz stärken würde. In Wirklichkeit existieren diese Projekte völlig unabhängig voneinander. Der so genannte Riegeldeich zwischen Peenemünde und der Ostsee (als Düne Zinnowitz wird die gesamte Düne von Zinnowitz bis kurz vor die Nordspitze Usedoms bezeichnet) ist lange in der Landesplanung und geht auf alte Pläne zurück (siehe nächstes Kapitel). Durch den KFP würde er jedoch zur Farce und müsste in seiner Gestaltung so angepasst werden, dass auf ihm auch die Straße und die Schiene nach Peenemünde Platz finden (in der Folge als Kombideich bezeichnet). Der hier formulierte „Ringschluss“ würde durch den KFP nicht erreicht, sondern wegen des Rückbaus des Peenestromdeiches verhindert.

Zu dem nach Rückbau des Peenestromdeiches notwendig werden den Schutz der Ortslage Karlshagen ist im KFP vorgesehen, einen neuen Deich zu errichten, der am Hafen Karlshagen beginnt und kurz vor dem Bahndamm Richtung Peenemünde aufhört. Auch die Ortslage Peenemünde müsste dann zusätzlich von Süden her durch einen neuen Deich geschützt werden, Peenemünde würde von Deichen umgeben (siehe Abbildung S. 1).

Die Projektunterlagen wurden Ende November 2009 von EWN beim Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) zur Genehmigung eingereicht, bis heute (September 2012) ist die Planung nicht weiter vorangekommen.



Zur Vorgeschichte des Projektes

Hochwasser und Deichbau im Inselnorden

Die Erfahrungen der großen Hochwasserereignisse von 1872, 1874 und 1904/05 mündeten 1908 in Pläne, Nordusedom von der Peenestromseite her durch einen Deich zu schützen, der bis über die Nordspitze herum Anschluss an die Düne Zinnowitz finden sollte. Bis Anfang der 1930er Jahre wurde der Deichbau von Süden her bis nach Karlshagen vollendet. Die Heeresversuchsanstalt Peenemünde war dann seit 1936 Auslöser und Geldgeber für die Weiterführung der ursprünglichen Pläne, der Deich wurde bis Peenemünde weitergebaut. Dabei entstand der Cämmerer See durch die Abtrennung einer ehemaligen Bucht des Peenestroms. Der Hochwasserschutz im äußersten Norden der Insel wurde damals durch Aufschwemmung der Ortslage Peenemünde und des Flugplatzes provisorisch gelöst, er ist bis heute aber nicht gleichwertig mit dem Schutz durch den Peenestromdeich und die Ostsee-Düne, die Lücke im Hochwasserschutz besteht immer noch.

Schließlich einigten sich bis 2006 die Gemeinde Peenemünde und die Landesbehörden von Mecklenburg-Vorpommern über den Verlauf des so genannten Riegeldeiches von Peenemünde bis zur Ostsee. Er sollte unmittelbar nördlich von Straße und Schiene verlaufen und ist im 2009 aktualisierten Regelwerk Küstenschutz des Landes unter den bis 2014 zu realisierenden Vorrangvorhaben aufgeführt.

Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Erklärtes Ziel des Landes ist die Renaturierung verschiedener Gebiete, vor allem im Rahmen des so genannten Moorschutzprogramms zu Wiedervernässung ehemals meliorierter Flächen, auch als Ausgleichsflächen für die Inanspruchnahme von Natur durch Industriebauten. Vor allem entlang des Flusslaufs der Peene entstanden zahlreiche wieder vernässte Flächen.

Offenbar wurde im Zuge der Prüfung, welche Flächen als Ausgleichsfläche für die Renaturierung geeignet seien, durch die Landesnaturschutzbehörden auch der Bereich zwischen Karlshagen und Peenemünde ins Auge gefasst.

Cämmerer See als potenzielle Ausgleichsfläche

Bereits im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn A 20 wurde diese Fläche als Ausgleichsfläche benannt und ein Deichrückbau in Erwägung gezogen. Diese Pläne wurden jedoch - nach Aussagen verschiedener Quellen - durch den damaligen Landesumweltminister Wolfgang Methling (PDS) gestoppt, mit der Begründung, dass sie vor Ort nicht durchsetzbar seien. Im aktuellen Raumordnungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern ist diese Fläche unter anderem als potenzielle Ausgleichsfläche für Industriebauten ausgewiesen. Als die betroffenen Gemeinden des Amtsgebietes dazu um ihre Meinung befragt wurden, war jedoch nicht die Rede davon, dass damit ein Deichrückbau verbunden sei.

Originalton Marlies Seiffert, damals und heute Bürgermeisterin von Karlshagen: „Von einem Deichrückbau wurde uns nichts gesagt“.

Die Einstufung als Ausgleichsfläche ist in der Kartenlegende erkennbar. Der damit verbundene Deichrückbau war in einem nur in der Diskussionsphase öffentlich zugänglichen Zusatzdokument hinter der Formulierung „Auspolderung“ versteckt.

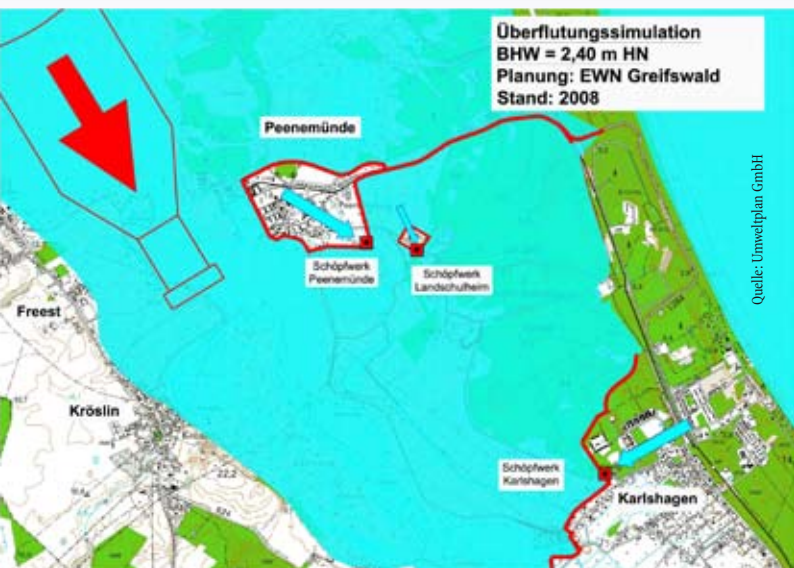
Es ist aus heutiger Sicht schwer, hier an Zufall oder Nachlässigkeit zu glauben. Als EWN dann 2008 das Projekt vom Land übertragen bekommen hatte und begann, die Gemeinden vom geplanten Deichrückbau zu informieren, war die Entrüstung groß, sie wurden erstmals damit konfrontiert!

Warum ist die Bevölkerung gegen den Deichrückbau?

Hochwasserschutz vor dem Hintergrund des Meeresspiegelanstiegs

Durch den Rückbau des Peenestromdeiches würde die Hochwasserschutzfunktion des Riegeldeiches wieder aufgehoben. Der Riegeldeich soll ja verhindern, dass das Hochwasser von der unzureichend geschützten Nordspitze Usedom nach Süden fließt. Ohne Peenestromdeich würde jedoch dem Hochwasser der Weg von Westen genau dorthin geöffnet. Die einzige Funktion des Riegeldeiches bestände dann darin, bei Sturmhochwasser die Einströmöffnung des Hochwassers in den Peenestrom von Norden her zu verkleinern und die landseitige Zufahrt nach Peenemünde zu sichern.

Das wird aber auch durch die ursprüngliche Variante des Riegeldeiches gewährleistet, mit dem Unterschied, dass der Deich dann nicht von beiden Seiten vom Hochwasser umgeben wäre.



Das Szenario 240 cm über normal Null zeigt anschaulich die Fahrlässigkeit, dem Hochwasser den gesamten Inselnorden zu öffnen. Der Ersatzdeich nordwestlich von Karlshagen soll vor dem Bahndamm enden, hier besteht aber schon laut Hochwasserszenario eine Gefahr des Umströmens. Wenn man dazu berücksichtigt, dass Hochwasser

nicht wie in einer Badewanne regelmäßig steigt, sondern mit Fließdynamik verbunden ist, wird die Gefahr noch deutlicher.

Besonders bizarr ist die Tatsache, dass der für die kommenden Jahrzehnte prognostizierte Meeresspiegelanstieg in der ursprünglichen Planung in keiner Weise berücksichtigt wurde. Das belegen die vom zuständigen Büro „Umweltplan“ angegebenen Zeiten, in denen bestimmte höhere Wasserstände auftreten. So ist für den Wasserstand 49 cm plus eine durchschnittliche Zeitdauer von fünf Tagen pro Jahr angegeben (siehe Karte auf S. 1). Das mag noch für eine gewisse Zeit zutreffen und basiert auf Zahlen vergangener Jahre.

Wie sehr diese Aussage von anderen Publikationen – und auch von der Wirklichkeit – abweicht, zeigen die folgenden Beispiele.

Die 2009 gegründete AG Klimawandel beim Regionalen Planungsverband Vorpommern hat sich dazu im Protokoll ihrer 1. Beratung wie folgt festgelegt:

„Ursprünglich wurde für die Bemessung von Sturmflutschutzanlagen mit dem Maximalhochwasserstand der Sturmflut von 1872 und unter Berücksichtigung eines Meeresspiegelanstiegs von 20 cm auf Basis der ... Kontinentalsenkung gerechnet. Hinzu kommt neuerdings ein fachbehördlich festgelegter Zuschlag von plus 30 cm für den zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels aufgrund des Klimawandels. In der Gesamtsumme entspricht dies einem Aufschlag von 50 cm...“

Es wurde darauf hingewiesen, dass neueste Betrachtungen im Rahmen der Vorbereitung des Klimaschutzgipfels in Kopenhagen für die Ostsee vorliegen... Damit könnte ein Meeresspiegelanstieg von 1,0 bis maximal 1,5 m in den nächsten Jahrhunderten zu erwarten sein. Die Annahme von 50 cm Meeresspiegelzunahme stellt somit möglicherweise einen zu geringen Wert dar.“

Aus dem Regelwerk Küstenschutz des Landes MV von 2009, S. 48.

„... wird für die Festlegung des Bemessungshochwasserstandes ein Anstiegsbetrag (für den Meeresspiegel – d. Red.) von 20 – 30 cm bis 2070 veranschlagt. Dieser Wert berücksichtigt keine klimawandelinduzierte Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs.“

Aus: Arved Fuchs, Blickpunkt Klimawandel, Delius Klasing Verlag 2009

Beitrag von Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Potsdam-Institut für Klimaforschung, S. 66:

„Bis 2100 rechnet der Weltklimabericht 2007 des IPCC (Weltklimarat - BI) mit einem Anstieg um 18-59 cm, zuzüglich eines Beitrags der Eisdynamik, den IPCC für nicht quantifizierbar hält. Seither hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass insgesamt wahrscheinlich mit einem Anstieg von 50 – 150 cm bis 2100 zu rechnen ist.“

Zu den von „Umweltplan“ erstellten Hochwasserszenarien muss also noch der inzwischen auch amtlich prognostizierte Meeresspiegelanstieg hinzugerechnet werden.

Dazu kommt, dass im Gebiet des Ostseeraumes im Norden sich das Land - befreit von der Last der Eiszeit - immer noch hebt, während der Süden sich senkt.

Angesichts des dann erreichten Ergebnisses ist es keineswegs ein Horrorszenario, wenn wir sagen, dass der Kompensationsflächenpool Cämmerer See die Existenz des gesamten Inselnordens fahrlässig und ohne Not aufs Spiel setzt.

Munitionslasten und Schadstoffe

Der gesamte Inselnorden wurde im Krieg mehrfach bombardiert. Es gibt genaue Unterlagen darüber, wie viel und welche Arten von Bomben eingesetzt wurden, die Trichterstandorte sind kartografiert. Die Blindgängerquote wird generell mit 10-20 Prozent angesetzt. Die Trichter wurden nach 1945 verfüllt, mit allem zur Verfügung stehenden Material.

Darüber hinaus wurde das Gebiet des KFP nach 1945 zur unkontrollierten Entsorgung von Schadstoffen aus dem militärischen Alltag genutzt, Informationen darüber fehlen naturgemäß.

Verschiedene unabhängige Spezialisten für Munitionsbergung haben sich zu den Gefahren eindeutig geäußert, die nicht nur aktuell bestehen, sondern sich bei einer zeitweiligen oder dauerhaften Überflutung ergeben würden. Besonders sensibel reagieren Blindgänger auf Schwankungen des Grundwasserspiegels.

Die Aussagen des Landesinnenministeriums, dass keine größere Gefahr bei Überflutung bzw. höherem Wasserstand erkennbar

sei, als es gegenwärtig der Fall sei, müssen demgegenüber wie Beschwichtigungen wirken. Wer übernimmt die Verantwortung für ein bewusstes Herunterspielen unkalkulierbarer Gefahren für die Bevölkerung?

Trinkwasser

An der nordöstlichen Begrenzung des KFP befindet sich ein Trinkwasserschutzgebiet mit mehreren Brunnen, die für die aktuelle Trinkwasserversorgung eine Reservefunktion haben. Nach Aussagen von Fachleuten würde notfalls ein gefährdeter Brunnen stillgelegt werden können, um eine Verunreinigung des Trinkwassers nach Überflutung des Trinkwasserschutzgebietes zu vermeiden. Als Ersatz könnte ein neuer gebohrt bzw. Wasser aus anderen Reservoirs zugekauft werden. Darüber, wie dieses Szenario mit langfristigen Entwicklungen des Wasserbedarfs für Usedom oder Gefahren der Trinkwasserverunreinigung übereinstimmt, liegen offenbar keine detaillierten Untersuchungen vor. Es bleibt die Gefahr, dieses Trinkwasserschutzgebiet durch den Deichrückbau in seiner gesamten Existenz zu gefährden. Im Abschlussdokument der AG Klimawandel Vorpommern wird jedoch gerade dem Schutz und der Mehrung der Trinkwasservorkommen großes Gewicht beigemessen.

Grundwasserspiegel und Naturschutz

Die Angst vor erhöhtem Grundwasserspiegel war für viele Bewohner der erste Gedanke, nachdem das Projekt bekannt wurde. Auch die BI kann jedoch die Argumentation nachvollziehen, dass durch den geplanten Neubau von ortsnahen Pumpwerken dieses Problem lösbar wäre und gegenüber dem jetzt einzigen Pumpwerk eine Verbesserung darstellen würde.

Keine Untersuchungen gibt es jedoch dazu, welche Konsequenzen ein stärkeres Entwässerungsverhalten und eine veränderte Fließrichtung des Grundwassers auf die Stabilität der innerörtlichen Bauten hätte.

Aufschlussreich war der Sommer 2011 mit seinen hohen Grundwasserständen in den Orten des Inselnordens durch extrem hohe Niederschläge. Der Abfluss des Grundwassers war durch verschiedene Faktoren gehemmt, wie z.B. die Vernachlässigung bestehen-

der Abflussgräben. Darüber hinaus standen aber auch die Spezialisten oft vor einem Rätsel, weshalb das Wasser trotz Abflussgräben nicht so schnell abfloss, wie es eigentlich hätte sein müssen. Fazit: Vorhersagen über Zu- und Abflussverhalten des Wassers auch im Gebiet Cämmerer See enthalten einen großen Unsicherheitsfaktor.

Wer dieses Gebiet in Augenschein nimmt, stuft es keineswegs als eine notwendigerweise zu „renaturierende“ Fläche ein. Das Gebiet mit vielen wertvollen Flächen ist Teil von FFH- und Vogelschutzgebieten, es ist Heimat für zahlreiche seltene und geschützte Tier- und Pflanzenarten. Von mehr als 100 bestätigten Brutvogelarten stehen 37 auf einer der „Roten Listen“, aus anderen Tierarten sind es weitere 27.

Der Wald wird vom zuständigen Forstamt als naturnaher bis natürlicher Laubmischwald und damit als forstwirtschaftlich und ökologisch sehr wertvoller Waldbestand bezeichnet. Davon würde bei einem Deichrückbau ein großer Teil zerstört werden, mit der Pflicht, an anderer Stelle aufzuforsten. Welchen Sinn ergibt das in der Summe?

Die Initiatoren des KFP sprechen von einem Abwägungsprozess zwischen jetzigen Arten (denen durch Überflutung die Lebensgrundlage genommen wird) und künftig sich dort wahrscheinlich ansiedelnden Arten.

Fakt bleibt, dass eine Beseitigung der Lebensgrundlage von dort vorkommenden gesetzlich geschützten Arten ein Grund für die Undurchführbarkeit des KFP wäre. Die Aussagen dazu müssen endgültig noch getroffen werden.

Denkmalschutz und Tourismus

Ein großer Teil der Denkmallandschaft Peenemünde würde perspektivisch einer dauerhaften Überflutung ausgesetzt und damit nicht mehr zugänglich. Abgesehen vom Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz widerspricht das nicht nur der entsprechenden Festlegung im Tourismuskonzept Usedom 2015 des Tourismusverbandes Insel Usedom e.V., welches die Ausnahmestellung Peenemündes und seiner Denkmallandschaft als Tourismusmagnet ersten Ranges in den Vordergrund stellt, sondern konterkariert auch das kürzlich vollzogene Engagement des Landes bei der Entwicklung des Museums und der Gemeinde Peenemünde.

Gerade die Thematik des Denkmalschutzes hat durch das im März 2012 vorgelegte Gutachten zum Denkmalstandort Peenemünde eine entscheidende Dimension erhalten. Das vom international anerkannten Denkmalschutzexperten Professor Dr. Leo Schmidt von der TU Cottbus federführend verfasste Gutachten ordnet nicht nur den Denkmalschutzwert des Standorts Peenemünde in die internationale Spitze ein, sondern spricht sich explizit für die vollständige Erhaltung des Peenestromdeiches aus, der als einziges aus der Zeit der Heeresversuchsanstalt stammendes Bauwerk noch seine ursprüngliche Funktion ausübt und für den Denkmalstandort von entscheidender Bedeutung ist. Wir gehen auf die Bedeutung dieses Gutachtens am Schluss nochmals ein.

Haltung der Volksvertreter zum Deichrückbau

Diese widerspiegelt in seltener Eindeutigkeit die Meinung der Bevölkerung.

Ende 2008 fassten die Gemeindevertretungen von Karlshagen, Trassenheide und Mölschow fast durchweg einstimmige Beschlüsse gegen den Deichrückbau. Im Mai 2009 lehnte der Kreistag Ostvorpommern mit großer Mehrheit den Deichrückbau ab, dieses Votum wurde vom Kreistag des 2011 neu gebildeten Kreises Vorpommern-Greifswald am 18. Juni 2012 mit parteiübergreifender deutlicher Mehrheit erneuert.

Das ist Ausdruck eines sachlich begründeten und sehr eindeutigen politischen Willens der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe.



Foto: Höll

Welchen Wert hat dieses eindeutige Votum für den Entscheidungsprozess? Nach den vorliegenden Richtlinien keinen! Es sind „lediglich“ politische Willensäußerungen, die nach Gesetzeslage für das Genehmigungsverfahren unerheblich sind.

Anders wäre es mit einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde, auf deren Gebiet sich der Flächenpool befindet (s.u.).

Dubiose Begleitumstände des Projektes

Begründung für die Auswahl dieser Fläche

Interessant ist die Wandlung, der diese Begründung von offizieller Seite unterworfen wurde.

Offenbar war der Zusammenhang zum Autobahnbau mehr allgemeiner Natur, denn durch die Autobahn wurden ja keine unmittelbaren Küstengebiete beansprucht.

Als sich DONG Energy von Lubmin verabschiedete, wurde aus dem Pool „für den Industriestandort Lubmin“ ein Kompensationsflächenpool auch „für andere Vorhaben, insbesondere (!) am Standort Lubmin“, wie das Umweltministerium auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Peter Ritter (LINKE) antwortete und auch gegenüber der BI zugab.

Das ganze Projekt war plötzlich zu einem allgemeinen Ökopool mutiert, dessen Wertungspunkte auch national oder sogar EU-weit abgearbeitet werden können. Von nötiger räumlicher Nähe war keine Rede mehr.

Aber auch das scheint 2012 alles nicht mehr wahr zu sein! Der Umweltminister bezeichnete im Juni dieses Gebiet wieder als die einzig mögliche Ausgleichsfläche für den Standort Lubmin. Die Begründungen werden also beliebig „angepasst“ und verlieren dadurch an Glaubwürdigkeit.

Der Umgang mit der Gemeinde Peenemünde 2009

Für das Verständnis der folgenden Geschehnisse ist ein kurzer Rückblick wichtig.

Die Gemeinde Peenemünde ist ein Opfer der Veränderungen seit 1990. Der Marinestützpunkt wurde geschlossen, die ehemaligen Kasernengebäude und Wohngebäude verfielen, der Ort bot ein

wenig ansehnliches Äußeres, die Bevölkerung schrumpfte dramatisch. Die Einwohner fühlten sich mit Recht vernachlässigt, suchten seit Jahren krampfhaft nach einem Ausweg aus der Misere, wurden dabei allein gelassen. Der Bund wollte mit den ehemaligen Militärliegenschaften Kasse machen, statt sie zu günstigen Bedingungen an mögliche Investoren abzugeben.

Die Gemeindevertretung von Peenemünde war im Frühsommer 2008 der erste Adressat für die Information von EWN über das Projekt, und auch die erste Quelle für den lautstarken Protest dagegen, denn die Fläche liegt vollständig auf dem Gebiet dieser Gemeinde. Bürgermeister Rainer Barthelmes und seine Stellvertreterin Anke Teßnow waren Teilnehmer der ersten Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen, auf der die Gründung der BI beschlossen wurde, sie setzten ihre Unterschriften auf die Protestliste gegen den Deichrückbau.

Rainer Barthelmes äußerte sich im November 2008 im NDR gegen den Deichrückbau.

Dann wurde es plötzlich still in Peenemünde.

Anfang 2009 sprach der BI-Vorsitzende Bürgermeister Barthelmes daraufhin an.

Originalton Rainer Barthelmes gegenüber Rainer Höll:

„Wenn ich von jemandem etwas will, muss ich ihm auch etwas anbieten“.

Wer und was damit gemeint war, kam durch einen Artikel der Ostsee-Zeitung vom 13. Mai 2009 ans Tageslicht:

„Die außerordentliche (nichtöffentliche - d. Red.) Hauptausschusssitzung der Gemeinde Peenemünde am 23. März - das Protokoll liegt der OSTSEE-ZEITUNG vor – bestätigt“ (vorhandene Gerüchte – d.Red) . . . „Darin wird Jörn Mothes, Koordinator der interministeriellen Arbeitsgruppe im Bildungsministerium, . . . folgendermaßen zitiert: ‚EWN will schnellstmöglich die bundeseigenen Liegenschaften in Peenemünde erwerben, beräumen, begrünen und dann der Gemeinde übergeben. Hier könnten dann die Gemeinde und das Land Investitionen tätigen. Im Gegenzug müsste die Gemeinde den Renaturierungsplänen der EWN zustimmen...‘

In der Zusammenfassung wird Mothes mit folgender Aussage zitiert: ‚In welcher Form sich das Land finanziell an der Entwick-

lung der Gemeinde beteiligen wird, hängt von der kommunalen Entwicklung der Gemeinde ab. **Sollte die Gemeinde sich positiv zu den EWN-Plänen äußern, sind die Voraussetzungen anders zu bewerten** (Herv. BI).’ Mit den Inhalten des Protokolls konfrontierte OZ gestern Peenemündes Bürgermeister Rainer Barthelmes. ‚Wir haben nicht die Absicht, uns erpressen zu lassen. Uns geht es darum, die Infrastruktur des Ortes zu verbessern. Das ist doch nur ein Angebot.‘“

Dieses „Angebot“ wurde dann im Herbst 2009 im Beschluss der Gemeindevertretung „Über die Bereitstellung von gemeindeeigenen Grundstücken für die naturschutzrechtliche Maßnahme ‚Kompensationsflächenpool Cämmerer See und angrenzende Niederungen“ umgesetzt.

„Um dieser Einschränkung der touristischen Wertigkeit des Ortes Peenemünde entgegen zu wirken, bietet die EWN der Gemeinde einen Ausgleich an anderer Stelle an. Dieser soll durch eine Verbesserung des Ortsbildes, insbesondere durch Aufwertung von in der Ortslage befindlichen Grundstücken erfolgen. Dazu kauft die EWN dortige Grundstücke an, die nach deren Beräumung und Begrünung der Gemeinde ... zur Verfügung gestellt werden.“

Was hat die Infrastrukturentwicklung in Peenemünde mit dem Deichrückbau zu tun?

Ein Staatsbetrieb bietet der Gemeinde die Beseitigung von Missständen an - als Gegenleistung wird die Zustimmung zu einem Projekt gefordert, welches damit in keinerlei Zusammenhang steht.

Und der Vertreter der Landesregierung unterstützt das nicht nur, sondern verstärkt den Druck seinerseits noch!

Man fühlt sich in einen Film versetzt, der über Zustände in, sagen wir höflich, demokratisch unterentwickelten Ländern handelt!

Offenbar hat die Landesregierung kein richtiges Vertrauen in den Ausgang des von ihr selbst immer so beschworenen demokratischen Planfeststellungsverfahrens und hat hier kräftig nachgeholfen, denn mit einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde hätte das Projekt von vornherein keine Chance.

Schließlich wurde der „Deal“ umgesetzt, die Ruinen in Peenemünde sind verschwunden, kaum jemand kennt jedoch die Umstände, die dazu geführt haben.

Das Land gab dann, im Bewusstsein, den Standort Peenemünde insgesamt aufwerten zu müssen, ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) Peenemünde 2020 in Auftrag, welches die Perspektive des gesamten Inselnordens mit konkreten Vorschlägen untersetzte. Ein solches Konzept kann von jedem Beteiligten nur begrüßt werden (siehe nächstes Kapitel).

Entwicklungen 2011/12

REK Peenemünde 2020

Dieses lange überfällige Konzept, Anfang 2012 von der Gemeinde Peenemünde beschlossen, untersucht im Detail die Entwicklungsmöglichkeiten von Peenemünde und verbindet sie gleichzeitig mit konkreten Lösungsvorschlägen. Bei der öffentlichen Präsentation wurde deutlich, wie sehr der KFP dem Anliegen des REK widerspricht. Die Verfasser mussten hier balancieren und haben keine tragfähige Planungsgrundlage für die Entwicklung großer Teile des Gemeindegebietes, weil das Damoklesschwert des Deichrückbaus immer noch schwebt.

Auf die Pläne zum Deichrückbau und Deichneubau wurde im Text wie folgt eingegangen:

Die Maßnahmen des Kompensationsflächenpools Cämmerer See sowie der Riegel- bzw. Kombideich „sind nicht zwingend miteinander verbunden“. Und weiter: Mit Verweis auf das Denkmalschutzgutachten (s.u.) wird ein Deichrückbau von den Autoren des Konzeptes „kritisch gesehen“.

Das Spiel mit dem Riegeldeich 2012

2011 zeichnete sich ab, dass der Termin 2014 für den Hochwasserschutz im Inselnorden (Riegeldeich) nicht zu halten war, denn der KFP mit seinem Kombideich kam nicht voran. So blieb dem Umweltminister Backhaus nichts übrig, als Ende 2011 die Entkopplung beider Projekte zu verkünden - der nördliche Riegeldeich in der ursprünglichen Form wurde wieder in Angriff genommen, um den Termin 2014 halten zu können.

In dieser Situation tauchte plötzlich das Kombibauwerk wieder auf. Der leitende Verwaltungsbeamte des Amtes Usedom-Nord, Sieg-

fried Krause, forderte am 12. März 2012 in einem Brief an Ministerpräsident Selling im Namen der fünf Bürgermeister des Inselnordens statt des einfachen „nördlichen“ Riegeldeiches als Lückenschluss im Hochwasserschutz des Inselnordens ein Kombibauwerk, welches gleichzeitig Straße und Schiene nach Peenemünde tragen soll. Es wurde an die Gemeindevertreter appelliert, doch hier Vernunft walten zu lassen. In allen Gemeindevertretungen gab es großes Verständnis für diese Lösung, weil die Abgeordneten perspektivisch und verantwortungsbewusst denken.

Was die Initiatoren dieser Aktion natürlich wussten: Die Finanzierung des Kombibauwerkes ist - im Gegensatz zum nördlichen Riegeldeich - nicht gesichert. Die Abgeordneten wurden beruhigt: es werde sich eine Lösung finden, die Behörden werden sich einigen, da kann auch eine kleine Verzögerung in Kauf genommen werden. Und mit dem Flächenpool Cämmerer See und dem Deichrückbau hat das alles natürlich nichts zu tun!

Wie zu erwarten, wurde die Nichtfinanzierbarkeit des Kombideiches im Antwortbrief von Ministerpräsident Selling auch formuliert, allerdings mit dem Hinweis, man arbeite an einer Lösung:

„Die beteiligten Ressorts suchen derzeit intensiv nach einer Lösung für eine mögliche Realisierung des Kombibauwerkes. Die Landesregierung geht davon aus, dass diese Abstimmungen bis Ende Juni zu einem vorläufigen Abschluss kommen“.

Diese „Lösung“ hat dann Umweltminister Backhaus den Gemeindevertretern des Inselnordens am 27. Juni 2012 in Karlshagen auf einer nichtöffentlichen Sitzung serviert. Die Grundaussage seines Vortrages lautet:

Ein Kombideich ist nur als Bestandteil des Projektes Cämmerer See finanzierbar, wer seinen Widerstand gegen einen damit verbundenen Deichrückbau nicht aufgeben will, kann auch keinen Kombideich erwarten!

Wir bleiben nicht bei der Feststellung stehen, dass dies mit dem Tatbestand von Erpressung und Nötigung vergleichbar ist, sondern stellen weitere Fragen:

War das nicht ein von vornherein abgekartetes Spiel? Erst werden Hoffnungen bei den Abgeordneten geweckt, deren Aussichtslosigkeit von vornherein klar war, dann wird die Unmöglichkeit formuliert, aber schließlich doch noch ein „Ausweg“ aufgezeigt: Den Widerstand gegen den Deichrückbau aufgeben! Ein Ping-Pong-

Spiel der übelsten Art, zwischen Amt, Umweltministerium und Staatskanzlei, auf das keiner der Beteiligten stolz sein sollte!

Das Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten für möglichst wenig Inanspruchnahme von Natur beim Deichbau und eine vernünftige Zuwegung nach Peenemünde wird hier in schändlicher Weise missbraucht, der Hochwasserschutz wird zum Schacherobjekt degradiert!

Gutachten zum Denkmalstandort Peenemünde (Conservation Management Plan - CMP)

Dieses Gutachten stellt Peenemünde in eine Reihe mit den bedeutendsten internationalen Standorten für die Entwicklung der Raumfahrt. Der Peenestromdeich selbst wird nicht nur als Denkmal ersten Ranges betrachtet, er ist auch das einzige Bauwerk der Heeresversuchsanstalt, das in der ursprünglichen Form erhalten ist und weiterhin seine damalige Funktion ausübt. Eine Deichöffnung sei faktisch eine Zerstörung des Deiches als Denkmal. Der Deich sei aber nicht primär als Bauwerk von Bedeutung, sondern wegen der Funktion, für die er errichtet wurde. Wenn er durch die Öffnung seiner Funktion beraubt wird, so wäre der verbleibende Rest auf die Aussage reduziert, davon zu berichten, dass hier einmal ein Deich bestanden hat.

Fazit: Der CMP belegt und formuliert eindeutig die Unvereinbarkeit von Deichrückbau und Entwicklung des Denkmalstandortes Peenemünde.

Zusammenfassung

Wert als Ausgleichsfläche

Ein aktueller Bedarf an Ausgleichsflächen, weder am Standort Lubmin noch anderswo, ist im Sommer 2012 nicht absehbar. Die vage angekündigten Pläne zum Bau von Gaskraftwerken in Lubmin sind seit Jahren nicht vorangekommen und werden aufgrund der Entwicklungen im Energiesektor immer unwahrscheinlicher. Deshalb kann es auch keine exakten Kriterien für die Anforderungen an eine Ausgleichsfläche geben, auf deren Grundlage die Fläche Cämmerer See dann als „alternativlos“ dargestellt werden könnte.

Der mit Abstand größte Wert als mögliche Ausgleichsfläche liegt offenbar darin, dass sie, abgesehen von Splitterflächen, vollständig in öffentlicher Hand ist, also ohne „störende“ Privateigentümer.

Konkrete Begründungen, weshalb es gerade diese Fläche sein muss, werden beliebig der Lage angepasst, aber dadurch nicht glaubwürdiger. Die Zuordnung zum Nationalen Naturerbe soll für zusätzliche Rechtfertigung sorgen.

Die angestrebte „Renaturierung“ ist vielleicht nach sehr oberflächlichem Blick nachvollziehbar, stellt sich aber nach genauem Augenschein der Fläche als Alibifunktion dar. Das eigentlich begrüßenswerte Anliegen des Naturschutzes wird in diesem Fall missbraucht und versucht, gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Wie oben dargestellt, ist der summarische Nutzen für die Natur durchaus zwiespältig und nicht so eindeutig, wie er von den Befürwortern dargestellt wird. Durch den Meeresspiegelanstieg wird dieser Nutzen schließlich völlig ad absurdum geführt.

Die BI verwies auf die Notwendigkeit, nach Alternativflächen zu suchen, bot selbst mehrere Alternativvarianten an, forderte auch, Überlegungen der Befürworter weiter zu verfolgen, Lösungen bei bestehendem Deich zu finden.

Gefährdung von Investitionen

Wer trotz dieser fundierten Gegenargumente am Deichrückbau festhält, setzt auf Konfrontation und nimmt darüber hinaus bewusst eine Verzögerung bei der Suche nach wirklich geeigneten Ausgleichsflächen in Kauf, mit allen damit verbundenen Konsequenzen für Investitionen und Arbeitsplätze.

Deichrückbau als Schacherobjekt

Mehrfach wurde und wird weiterhin versucht, den Deichrückbau als Faustpfand in Verhandlungen zur Durchsetzung verschiedener Interessen zu nutzen. Wer das als hohe Politik verkaufen will, sollte sein Verständnis über die Rolle gewählter Volksvertreter, Politiker und Beamter überprüfen. Bestimmte Kreise der Landesregierung gehen hier nachweislich mit schlechtem Beispiel voran – auf dem Rücken der Bevölkerung im Inselnorden.

Nationale und internationale Verantwortung

Gerade der CMP hat mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, welche einzigartige internationale Bedeutung der Standort Peenemünde für einen Teil der Weltgeschichte hat: Die Geschichte der Raumfahrt im engen Zusammenhang mit dem dafür gezahlten Preis an Menschenleben!

Die begrüßenswerten Konzepte der Landesregierung für die Entwicklung Peenemündes und speziell des HTM sind inhaltlich unvereinbar mit einem Deichrückbau.

Ist das Gleichgültigkeit? Inkompetenz? Ignoranz?

Wer diesen Standort bewusst aufs Spiel setzt und das mit der Alternativlosigkeit einer gerade hier zu schaffenden Ausgleichsfläche für noch nicht einmal feststehende Investitionen begründet, handelt in höchstem Maße verantwortungslos. Eine solche Entscheidung gegen den Standort Peenemünde würde die gesamte Landespolitik vor den Augen der Weltöffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgeben!

Einziger Ausweg – Stopp der Deichrückbaupläne

Wer es ernst meint mit demokratischer Mitbestimmung, mit der Einbeziehung der Bevölkerung in solche schwer wiegenden Entscheidungen, der muss Fakten anerkennen, muss das „NEIN“ der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertretungen akzeptieren und daraus die Konsequenzen ziehen.

Wer nicht ganz bewusst einen ernsthaften Konflikt mit der regionalen Bevölkerung sucht, wer nicht will, dass sich politische Kräfte, die diese Demokratie abschaffen wollen, sich hier als Trittbrettfahrer profilieren können, wer ein Interesse daran hat, den gesellschaftlichen Frieden im Inselnorden nicht aufs Spiel zu setzen, der kann nur eine Entscheidung treffen:

Sofortiger und endgültiger Stopp der Deichrückbaupläne!

Wir sagen es hier in aller Deutlichkeit:

**Die Bevölkerung im Inselnorden wird einen
Deichrückbau nicht ohne Widerstand hinnehmen!**

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

c/o Dr. Rainer Höll, Dünenstraße 14, 17449 Karlshagen

Tel. 038371-55443, Fax 038371-26657

www.kein-deichrueckbau-usedom.de, info@nordlichtverlag.de